

Kolumne Nr. 58/2025

Feiertag abschaffen kann Sozialversicherungsbeiträge kurzfristig stabilisieren

ntv news spezial (live um 19:30 Uhr) v. 21.5.2025

Eine unpopuläre Forderung von Ökonomen ist es, den Deutschen die lieb gewordenen Feiertage wegnehmen zu wollen. Gerne wird auf das Bundesland Bayern verwiesen, das trotz der höchsten Zahl an Feiertagen – es sind 13 - ein überdurchschnittlich hohes Bruttoinlandsprodukt je Kopf aufweist. Sollten also sogar noch mehr Feiertage eingeführt werden?

Mehr Feiertage würde für die Unternehmen höhere Arbeitskosten je Stunde bedeuten. Die Unternehmensgewinne würden sinken, wenn die höheren Kosten nicht auf die Preise überwältigt werden können. Damit sinkt die Investitionsbereitschaft, und es steigt die Wahrscheinlichkeit Arbeit durch Maschinen zu ersetzen – weil Arbeit relativ teurer geworden ist. Ökonomisch ist die Ausweitung von Feiertagen eine schlechte Idee. Bayern hat nur deshalb ein höheres Bruttoinlandsprodukt je Kopf, weil im Durchschnitt produktiver gearbeitet wird, so dass sich höhere Stundenlöhne rechtfertigen lassen.

Vor 30 Jahren wurde zuletzt ein bundesweiter Feiertag in Deutschland abgeschafft – der evangelische Buß- und Betttag. Die Begründung: Die Einführung der Pflegeversicherung zum 1. April 1995 würde die Arbeitgeber zusätzlich belasten, so dass ein Ausgleich gefunden werden musste. Lediglich Sachsen scherte aus: Dort gibt es diesen Feiertag bis heute, doch die Arbeitnehmer zahlen einen um 0,5 Prozentpunkte höheren Beitrag zur Pflegeversicherung. Das klingt wenig, war aber ein um 50 % höherer Beitrag zur damaligen Zeit (Beitragssatz 1995: 1 %).

Inzwischen nehmen die Sozialversicherungsbeiträge von Jahr zu Jahr zu – die Haltelinie von 40 % Sozialversicherungsbeiträgen ist längst gerissen. Auch die Beitragsbemessungsgrenzen sind stetig gestiegen – und gehen weit in die höheren mittleren Bruttoeinkommen hinein. Trotzdem reichen diese Einnahmen nicht aus, um die Sozialversicherungen zu finanzieren. Jährlich schießt der Bund über hundert Milliarden Euro aus Steuermitteln allein zur Rentenversicherung bei.

Vor diesem Hintergrund sollte zumindest über eine Reduzierung der bundesweiten Feiertage diskutiert werden. Nach Berechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft würde die Abschaffung die Wirtschaftsleistung um bis zu 0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ankurbeln und zu 5-9 Milliarden € höherem Bruttoinlandsprodukt führen. Die damit verbundenen höheren staatlichen Einnahmen könnten zur Reduzierung der Sozialversicherungsbeiträge verwendet werden. Besser wäre es jedoch, Reformen der Sozialversicherung voranzutreiben. Doch werden alle Vorschläge, die von verschiedenen Seiten vorgelegt werden, nach kurzer öffentlicher Diskussion sofort verworfen – mit dem Ergebnis, dass die Beiträge immer weiter steigen.

Prof. Dr. habil. Alexander Spermann lehrt Volkswirtschaftslehre an der gemeinnützigen FOM-Hochschule für Erwerbstätige in Köln und an der Universität Freiburg.

